

## 02.1 Zukunft der Schule – Prävention von Extremismus

### **Forderung:**

Das Jugendparlament SG AI AR lädt die Kantonsparlamente und Regierungen der Kantone St.Gallen, Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden ein, dass die Volksschule einen Beitrag zur Prävention von Extremismus leistet. Dazu sollen Lehrpersonen besser darin sensibilisiert werden, extremistische Tendenzen frühzeitig zu erkennen. Gleichzeitig sollen auch Schülerinnen und Schüler früh über die Gefahren extremistischer Gedanken und Weltbilder aufgeklärt werden.

### **Begründung**

Extremistisches Gedankengut findet seinen Weg zunehmend über soziale Medien zu jungen Menschen. Die Teilnehmenden nehmen daher sowohl in ihren Schulen als auch in der Gesellschaft eine Zunahme von extremistischem Gedankengut und Gewalttaten wahr. Dabei geht es ihnen primär um Rechtsextremismus, aber auch um Sexismus und Rassismus. Sie betrachten diese Entwicklungen als konkrete Gefährdung der Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Um möglichst alle Kinder und Jugendlichen zu erreichen, soll die Prävention früh ansetzen. Die Volksschule eignet sich dafür besonders, da sie alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrem sozialen Umfeld erreicht und damit eine einzigartige Reichweite besitzt. Sie soll daher als wichtiger Akteur eine grössere Rolle in der Extremismusprävention einnehmen.

Lehrpersonen sind oft die ersten Erwachsenen ausserhalb des familiären Umfelds, die extremistische Tendenzen bei Schülerinnen und Schülern wahrnehmen können. Damit sie dieser Verantwortung gerecht werden können, brauchen sie die nötigen Kenntnisse und Werkzeuge. Gleichzeitig sollen junge Menschen frühzeitig für die Gefahren extremistischer Gedanken und Weltbilder sensibilisiert werden, damit sie solche Einflüsse erkennen und kritisch einordnen können.

### **Entstehungsprozess**

Der Vorstand des Jugendparlaments hat die anstehende Totalrevision des St. Galler Volksschulgesetzes zum Anlass genommen, sich an der 53. Jugendsession mit dem Thema Bildung zu befassen. Der Workshop «Zukunft der Schule» mit rund 20 Teilnehmenden hat sich konkret zur Aufgabe gemacht, eine Stellungnahme zu den wichtigsten Themen des Entwurfs des neuen Volksschulgesetzes auszuarbeiten.

Zu diesem Zweck bereitete Ralph Gämperle, Pädagogischer Mitarbeiter im Amt für Volksschule des Kantons St. Gallen, einen Input sowie Materialien vor, die den Jugendlichen den Entstehungsprozess des nVSG aufzeigten und sie an die wichtigsten Änderungen heranführten. Ebenfalls anwesend war Ilias Paraskevopoulos, Leiter des Volksschulamts des Kantons Appenzell Innerrhoden. Er beleuchtete in seinem Input die Megatrends im Bildungsbereich, auf die das nVSG

Antworten finden muss, und zeigte die grössten Unterschiede zwischen dem St. Galler und dem Innerrhoder Bildungssystem auf. Mit diesen Inputs sollte den Teilnehmenden ermöglicht werden, sich ein Bild des aktuellen Systems zu machen und gleichzeitig eine Meinung zu möglichen Änderungen zu bilden. Dabei wurde bewusst darauf geachtet, dass die Teilnehmenden nicht nur zu geplanten Änderungen Stellung nehmen, sondern auch eigene Themen einbringen konnten.

Eines der Themen, das von den Jugendlichen selbst zur weiteren Ausarbeitung als Forderung gewählt wurde, war die Prävention von Extremismus. In der ursprünglichen Version dieser Forderung verlangten die Workshopteilnehmenden nach einem klar abgestuften Sanktionssystem, mit dem extremistische Taten und Äusserungen konsequent geahndet werden sollten.

Im Plenum wurden diverse Änderungsanträge zum vorgeschlagenen Sanktionssystem eingereicht, darunter auch die Möglichkeit eines Schulverweises als ultima ratio. Dieser Antrag wurde unter anderem mit der Begründung abgelehnt, dass ein solcher Verweis zu weiterer gesellschaftlicher Isolation führen und damit ein weiteres Abgleiten in extremes Gedankengut noch begünstigen könnte.

Letztendlich wurde jedoch ein Antrag angenommen, der vollständig auf die Erwähnung eines Sanktionssystems verzichtet und einen stärkeren Fokus auf Prävention legt. Dieser Antrag wurde mit 34 Ja- gegen 21 Nein-Stimmen angenommen.

Die finale Forderung wurde nach Bereinigung aller Änderungsanträge vom Plenum mit 36 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen angenommen. Damit erhielt das Jugendparlament den Auftrag, diese Forderung bei den Kantonen einzureichen.